

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN S

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stello. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BACH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MÖL · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHAUPT, MÖB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

6. Jahrgang, Nummer 5

Postverlagsort Bonn

Bonn, im Mai 1958

INHALT

WIEDERVEREINIGUNG - VERTEIDIGUNG - EUROPA

Zur 7. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

von Gerhard Schröder S. 1

DIE ANGST VOR DER SUNDE

Bemerkungen zur EKD-Synode 1958

von Erwin Wilkens S. 3

DER VERGESSENE ANTICHRIST

von Heinrich Link S. 8

DIE KOMMUNISTISCHE INFILTRATION S. 9

AUS DEN ARBEITSKREISEN S. 10

ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION S. 12

WIEDERVEREINIGUNG - VERTEIDIGUNG - EUROPA

Zur 7. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU
am 6. und 7. Juni 1958 in Essen

Zwischen unserer Kasseler Bundestagung und der bevorstehenden 7. Bundestagung in Essen liegt die Wahlentscheidung des deutschen Volkes vom 15. September 1957. Dieser Wahlerfolg der CDU/CSU ist in der deutschen Parlamentsgeschichte einmalig. Nach acht Jahren Führung und Verantwortung erhielt unsere Partei zum erstenmal mehr als die Hälfte aller Stimmen. Entscheidend waren dabei unsere Erfolge in den Gebieten mit überwiegend evangelischer Bevölkerung.

Das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung legt uns die größte Verantwortung gegenüber dem ganzen deutschen Volk auf. Mehr denn je erwartet es heute von uns ein zielbewußtes Fortschreiten mit dem Ziel der Wiederherstellung der staatlichen Einheit des Vaterlandes. Da-

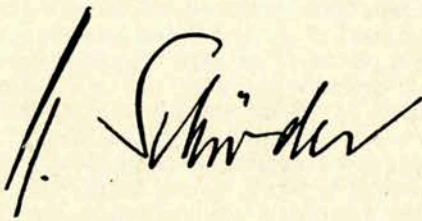
zu gehört die Festigung der inneren Ordnung des Staates und die Sicherung unserer Freiheit gegen jede Bedrohung.

Die Ereignisse der letzten Monate zeigen den Ernst der politischen Lage. Wir beobachten mit Sorge, wie eine kleine Minderheit uns einzureden versucht, die Wiedervereinigung könne nur erreicht werden, wenn wir ein gewisses Maß an „Volksdemokratisierung“ in Kauf zu nehmen bereit seien. Wir meinen dagegen: Die Ungeduld unserer Herzen darf uns nicht dazu verleiten, die Wiedervereinigung durch den Ausverkauf unserer Errungenschaften und durch eine Kapitulation in Raten beschleunigen zu wollen. Das Ergebnis wäre nämlich nicht eine Beschleunigung der Wiedervereinigung, sondern das Ende einer freien deutschen Nation.

In Essen werden wir auch zur Frage der Verteidigung unseres Staates von neuem Stellung nehmen. Im evangelischen Raum sind und werden manche Geister verwirrt angesichts der Problematik der Selbstbehauptung der freien Völker gegenüber totalitärer Gewalt. Hier wollen wir klären helfen. Dabei werden wir betonen, daß jede Stellungnahme zu den Fragen der Verteidigung aus evangelischer Verantwortung eine gewissenhafte Prüfung der heutigen politischen und militärischen Situation voraussetzt.

Zu den Themen Wiedervereinigung und Verteidigung tritt als drittes unsere Stellung zu Europa. Wie steht es heute um die Integration Europas? Was ist bisher erreicht worden? Was ist geplant? Dieses Thema weist am meisten in eine aufbauende und weiterbauende Zukunft.

Wie bei allen früheren Bundestagungen werden wir uns also auch in Essen mit den brennenden Problemen unserer Zeit auseinanderzusetzen haben. Wir sind eine lebendige politische Gemeinschaft. Unsere Diskussion darf deshalb niemals Selbstzweck sein. Ihr Ziel bleibt stets: die politische Aktion. So wollen wir uns in Essen neue Kraft für unser gemeinsames Ringen um die Zukunft unseres Volkes holen.



Bundesminister des Innern
Vorsitzender
des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

*

Zu dem geplanten *Verlauf der Tagung* dürfen wir Ihnen folgende Anhaltspunkte geben:

Bereits am **Mittwoch, dem 4. Juni**, 16.00 Uhr, wird im Hotel Kaiserhof, Lindenallee 6—8, eine *Pressekonferenz* stattfinden.

Anreisetag für die Tagungsteilnehmer ist **Donnerstag, der 5. Juni**. An diesem Tage tritt um 18.00 Uhr der *Bundesarbeitskreis* zu einer Sitzung zusammen, zu der besondere Einladungen ergehen. Um 20.00 Uhr vereinen sich die bereits anwesenden Tagungsteilnehmer im Kleinen Festsaal des Städtischen Saalbaus, Huyssenallee 53—57, zu einem *zwanglosen Beisammensein*.

Die Tagung selbst wird am **Freitag, dem 6. Juni**, um 8.30 Uhr mit einer *Morgenandacht* (Akademiedirektor Pastor Dr. Johannes Doehring, Loccum) in der historischen Marktkirche, Kettwiger Straße, gegenüber dem Rathaus, eingeleitet. Um 9.30 Uhr treten die Tagungsteilnehmer zu der *Ersten Plenarversammlung* zusammen,

die nach der Mittagspause auch noch einen Teil des Nachmittags in Anspruch nehmen wird. In ihrem Mittelpunkt stehen drei Referate:

Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

„Die innenpolitischen Voraussetzungen der Wiedervereinigung“

Generalinspekteur der Bundeswehr
General Adolf Heusinger

„Militärische Fragen der Verteidigung“

Bundesminister der Finanzen Franz Etzel

„Unser Weg nach Europa“

Im Anschluß an diese Plenarversammlung soll in etwa 6—8 *Diskussionskreisen* unter Leitung und Mitwirkung führender politischer Persönlichkeiten eine Aussprache stattfinden.

Auch **Samstag, der 7. Juni**, beginnt um 8.30 Uhr mit einer *Morgenandacht* in der Marktkirche (Pfarrer Heinrich Link, Essen). Um 9.30 Uhr folgt die *Zweite Plenarversammlung* mit einem Referat von:

Bischof D. Wilhelm Halfmann

„Theologische Fragen zur Verteidigung“

Diese Plenarversammlung wird ferner der Berichterstattung aus den Diskussionskreisen, weiterer Aussprache und einer Zusammenfassung der Ergebnisse dienen.

Die Tagung findet um 16.00 Uhr ihren Abschluß mit einer *Großkundgebung* in Halle 9 des Ausstellungsgeländes am Grugapark, auf der

Bundeskanzler Dr. Adenauer

Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier

Ministerpräsident Kai-Uwe v. Hassel

Bundesminister für Wirtschaft

Prof. Dr. Ludwig Erhard

Bundestagsabgeordnete Dr. Luise Rehling

sprechen werden.

Die Hauptzufahrtsstraßen zur **Tagungsstätte**, dem Städtischen Saalbau, Huyssenallee 53—57, sind ab Stadtgrenze Essen mit Hinweisschildern gekennzeichnet. Mit der Bahn eintreffende Teilnehmer haben vom Hauptbahnhof Essen, Ausgang „C“, nur 5 Minuten Fußweg.

Das **Tagungsbüro** im Städtischen Saalbau (Ruf: 2 66 70 und 2 48 91) ist ab Donnerstag, dem 5. Juni, während der gesamten Tagung von 8.00 Uhr bis 23.00 Uhr durchgehend besetzt.

Der Presse steht im Tagungsbüro eine besondere **Pressestelle** (Ruf: 2 43 32), zur Verfügung.

Ein **Unkostenbeitrag** von 5,— DM wird bei Empfang der Tagungsunterlagen im Tagungsbüro erhoben.

Freunde und Mitarbeiter, die an der Tagung teilnehmen möchten und bei Erscheinen dieser Ausgabe noch nicht im Besitz einer persönlichen Einladung sind, werden gebeten, sich möglichst umgehend mit unserer Geschäftsstelle, Bonn, Argelderstraße 173, Ruf: 5 29 31, in Verbindung zu setzen, damit ihnen die zur Anmeldung erforderlichen Unterlagen zugesandt werden können.

DIE ANGST VOR DER SÜNDE

Bemerkungen zur EKD-Synode 1958

von Oberkirchenrat Erwin Wilkens, Hannover

I. Die Kraft der Schwachen

Solidarität der Ratlosigkeit

„Wir kehren so ratlos nach Hause zurück, wie wir hergekommen sind“ — dieses Schlußwort eines Synodalen ist kein ermutigendes Fazit der mit so vielen Erwartungen und so großem publizistischem Aufwand ausgezeichneten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, die vom 26. bis 30. April 1958 in Ost- und West-Berlin stattfand. In der Tat war es eine Synode in großer Schwachheit; keine verschworene, zum Letzten entschlossene Gemeinschaft, einig in der Notwendigkeit des Bekennens gegen Feinde und Gefahren der Kirche von innen und von außen. Noch nie war eine Synode der EKD so stark in die politische Zerspaltung und Parteilung unseres Volkes hineingezogen, noch nie waren auch die theologischen Differenzen so weitgreifend wie dieses Mal. Wollte man ein menschliches Bild von der Synode zeichnen, müßte viel von dem gegenseitigen Mißtrauen, sicherlich auch von menschlicher Angst, vor allem aber von der Sorge um den Weg der Christenheit im geteilten Deutschland und erst recht um den Frieden in der Welt die Rede sein. Die Solidarität der Ratlosigkeit zwischen Kirche und Welt, wie die die Menschheit bedrückenden Fragen des Atomzeitalters zu bewältigen seien, war mit Händen zu greifen.

Geistlicher Gewinn

Aber dieses äußere Bild von der Synode reicht zu ihrer rechten Beurteilung nicht aus. Man darf von einer Synode nicht zuviel und insbesondere nichts Falsches erwarten. Es ist eben unnützlich, sich selbst und anderen zu suggerieren, eine Synode könne in wenigen Tagen Aufgaben lösen, die einer ganzen Generation zu bewältigen aufgegeben sind. Wann hört man endlich auf, an einem solchen Punkte enttäuscht zu sein? Und wer hat der Kirche verheißt, irdische Ratlosigkeit beseitigen zu können? Vielleicht ist ja gerade eine der Ursachen für viele Nöte in der EKD, vor die sich die Synode gestellt sah, die Vorstellung, es müsse für die schwerwiegenden Fragen unserer Zeit, wie etwa das Atomproblem, unter allen Umständen eine unmittelbare christliche Lösung geben.

Man kann aber von einer Synode auch in einer solchen Situation der Ratlosigkeit und großer menschlicher Schwäche erwarten, daß ihre Mitglieder sich als Brüder anerkennen und begegnen, einander am Evangelium stärken und von daher dann auch die Gemeinden zur Kraft der Schwachen rufen. An diesem Punkte darf die Kirche nicht ohne Auskunft bleiben. Wir meinen, die Synode habe diese elementare Aufgabe einer christlichen Versammlung wahrgenommen. Jedenfalls hat sie deutlich machen wollen, daß das Evangelium von Jesus Christus größer ist als alle Zertrennungen und gleichermaßen für Angstliche und Wagemutige, für Fanatiker und Bedächtige, für Lutheraner und Barthianer, für CDU- und SPD-Politiker gilt. Nur auf diesem Boden konnte der Zusammenhalt der EKD gewahrt werden. Das war nach den verschiedenartigen Spaltungsultimaten und bei der hochgeputschten Stimmungslage keine Selbstverständlichkeit. Alle haben es als ein unverdientes Geschenk empfunden. Dem recht ärmlich erscheinenden äußeren Ergebnis der Synode steht ein geistlicher Gewinn gegenüber. Niemand brauchte ungetröstet zu bleiben.

Bleibende Nöte

Aber die Synode hat nicht die Wirkung eines reinigenden Gewitters zur Entladung der vielen aufgestauten Spannungen gehabt. Für ein wirklich weiterhelfendes Gespräch erweisen sich Synodaltagungen, die so stark im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen, immer weniger als geeignet. Ein hilfreicher Beitrag zur geistigen Verfassung unseres Volkes kann nur indirekt erschlossen werden. Die innere und äußere Ost-West-Einheit hat sich bedrohlich als Kernproblem des künftigen EKD-Weges aufgetürmt. Der Beschluß zur Militärseelsorge, sicherlich besten Willens gefaßt, aber nicht ausreichend kritisch erwogen, wird sich als eine Quelle ernsthafter Ungelegenheiten erweisen. Alles in allem ist eine Situation geschaffen, die größte Behutsamkeit in allen weiteren Schritten erfordert.

II. Die Synode vor der „DDR“

Unbegreiflicher Druck

Manchem erschien die Stätte der beiden ersten Verhandlungstage, das Stoeckerstift in Berlin-Weißensee, symbolisch für die Situation der Kirche: auf engen Raum im schmucklosen Kirchensaal zusammengedrängt, in gedrückter Stimmung, drinnen unter der Aufsicht östlicher Zeitungsreporter, draußen die bis an die Tür zum Sitzungssaal brandende Woge haßerfüllter Demonstrationen, gegenüber dem Stift die Kaserne der „Volkspolizei“, neben ihm die SED-Leitung, ohne jeden menschlichen Schutz — wahrlich ein gespenstisches Bild. Die Teilnehmer aus dem Westen fühlten sich genau so betroffen wie die aus dem Osten. Was an Entschlossenheit der Synode, auf jeden Fall den Zusammenhalt der EKD zu wahren, noch gefehlt haben mag, kam in dieser Stunde hinzu. Nicht äußerer Gewalt, sondern menschlichem Unverstand bei eigenem besten Willen ohnmächtig ausgesetzt zu sein, stellt auch ein kirchliches Gremium auf die schwerste menschliche Belastungsprobe. Die Synode hat ein Wunder an christlicher Geduld und Gelassenheit vollbracht.

Man fragt sich, warum die „DDR“ so wenig darum bemüht war, wenigstens äußerlich das Gesicht während einer solchen gesamtdeutschen Tagung mit ihren ausländischen Gästen zu wahren. Unbegreiflich ebenso, daß eine Regierung, die es ablehnt, mit den Männern der Kirche auch nur noch zu sprechen, dennoch genau zu wissen meint, was eine Synode zu beschließen hat. Die Spitzen des Staates hatten dazu ihre Forderungen in der „Volkskammer“ gestellt. Durch eine unvorstellbar gehässige Pressekampagne, durch Vorladungen und Fluten von Eingaben, durch Demonstrationen und offene Drohungen war versucht worden, die Synode in ein politisches Instrument zu verwandeln. Wie kommt eigentlich die Regierung der „DDR“ dazu, Synodale aus der Bundesrepublik in derselben Weise unter Druck zu setzen? Was würde man sagen, wenn eine westliche Regierung nur einen Bruchteil davon versuchen würde?

Taktik oder Gehorsam?

Die eigentliche Aufgabe dieser Synode, das wurde schon Wochen zuvor immer deutlicher, würde in der rechten kirchlichen Antwort an die Regierung der „DDR“ liegen, die sich nach Meinung vieler ein Alibi für die Ost-West-Spaltung der EKD zu verschaffen suchte. Kein Zweifel, daß der Kirche daran liegt, klar erkennen zu

III. Das Erziehungsthema

Kontrapunktik der Weltsituation

lassen, wie wenig sie von einer unvernünftigen Schwarz-Weiß-Malerei gegenüber dem Osten beeindruckt ist. Es war bezeichnend, daß ein hervorragender westdeutscher Journalist, selbst politisch ein Gegner der CDU-Politik, den Demonstranten mit den Worten entgegentrat: „Schauen Sie mich doch einmal an; aus Ihnen spricht ja der Haß und nicht die Liebe. Wie kann ich da mit Ihnen über den Frieden sprechen?“

Wie würde man den Brüdern und Schwestern in der „DDR“ helfen können, der ihnen gesetzten Obrigkeit den rechten Gehorsam zu leisten? Wo hört christlich gebotenes Verhalten auf, wo fangen taktische Kompromisse an? Gibt es einem totalitären Staat gegenüber überhaupt ein anderes Nachgeben als das der völligen Unterwerfung? Ist nicht für die Kirche jeder andere Weg als der der absoluten Geradheit bereits illusionär und hat sich nicht ein Ausweichen um momentaner vermeintlicher Erleichterungen willen hinterher noch immer bitter gerächt? Ist es aber andererseits nicht ein Gebot der Klugheit und der Liebe zugleich — der Liebe auch zu den haßerfüllten Gegnern —, den Zusammenstoß an der falschen Stelle zu vermeiden? Wer die EKD-Synode 1958 kritisch beurteilt, muß diese schweren Fragen mit im Auge behalten.

Würdige Entschiedenheit

Die Synode hat eine Haltung würdiger Entschiedenheit eingenommen und doch der „DDR“-Regierung jede Möglichkeit geboten, zu einem vernünftigen Umgang mit der Kirche zurückzufinden. Präses Wilm wies zu Beginn der Tagung unter dem von draußen eindringenden Lärm der Demonstranten alle Pressionsversuche mit Deutlichkeit zurück. Bischof Dibelius, gegen den draußen mit Tätlichkeiten gedroht wurde, gab in seinem Tätigkeitsbericht ein ungeschminktes Bild von der tatsächlichen Situation der Kirche und vor allem ihrer Erziehungs- und Jugendarbeit in der „DDR“: Religion ist „Privatsache“, der Atheismus aber „Staatssache“. Der Aufbau einer „atheistischen Gegenkirche“ ist in vollem Gange. Die Lage hat sich so zugespitzt, daß eine kürzlich der Regierung in Pankow überreichte Denkschrift mit der bisher unbeantworteten Frage schloß:

„Können wir, die wir aus unserem Glauben heraus für uns die atheistische Weltanschauung ablehnen müssen, noch als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik leben, ohne daß uns wesentliche bürgerliche Rechte versagt oder beschnitten werden?“

Die Freiheit der Kirche

Die Synode ließ sich ihre Freiheit nicht nehmen und führte ihre Tagesordnung wie vorgesehen durch. Das Erziehungsthema wurde in Referaten und Ausschuß ausführlich behandelt, dem Atomthema wurde gleichfalls genügend Raum gewährt. Propst Grüber wies die maßlose Hetze gegen Bischof Dibelius temperamentvoll zurück. Zugleich aber entschied sich die Synode in ihrer Freiheit dafür, Demonstration nicht mit Demonstration, Haß nicht mit Haß, Unvernunft nicht mit Resignation zu beantworten. Man ließ, gegen den Willen von Dr. Heinemann, in Ost-Berlin eine politische Delegation zu Wort kommen — auf jeden Fall ein Zeichen dafür, daß kirchliches Denken das Ungewöhnliche einschließt. In der Frage des Militärseelsorgevertrages ging man ebenfalls bis an die Grenze des Möglichen. Man verzichtete auf eine öffentliche Diskussion der kirchlichen Nöte in der „DDR“ und ernannte eine Delegation für ein Gespräch mit der Regierung. Was kann eine Kirche mehr tun als dieses? Kann man in Pankow nicht wenigstens die Souveränität respektieren, mit der gesamtdeutsche Organe der Kirche die Regierung der „DDR“ ebenso als Verhandlungspartner anerkennen wie die Regierung der Bundesrepublik?

Außer der Forderung einer Erklärung der Synode gegen NATO und Atomausrüstung der Bundeswehr sowie einer bedingungslosen Annullierung des Militärseelsorgevertrages ging das Verlangen der „DDR“ nach einer Absetzung des Erziehungsthemas. Die Synode hätte geistlichen Selbstmord verübt, wenn sie hier nicht widerstanden hätte. Wir meinen nicht nur, daß es würdelos gewesen wäre, ein seit einem Jahr vorbereitetes Hauptthema unter politischem Druck abzusetzen. Wir denken auch nicht daran, daß gerade wegen dieses Themas die Synode immer als ganz besonders vordringlich erschien, da es dabei eben auch um Fragen der elementaren christlichen Existenz in der „DDR“ gehen mußte, was ja das östliche Interesse an einer Absetzung überhaupt erst erklärt.

Das Erziehungsthema durfte um der Glaubwürdigkeit der Behandlung der Atomfrage willen nicht abgesetzt werden. Die kirchliche Erörterung der atomaren Frage ist nicht zuletzt deshalb so mühsam und so wenig überzeugend, weil sie das Problem in jeder nur denkbaren Hinsicht isoliert und damit simplifiziert. Wir leben nicht in einer Welt, die durch bloßen, noch dazu einseitigen, Verzicht auf Atomwaffen ihre Ordnung wiederbekommt. Nicht die Atomwaffe ist schrecklich, sondern die Hand des Menschen, der sie besitzt. Darum sind wir nicht nur von einer Vernichtung des äußeren Lebens, sondern nicht minder von einer Auslöschung des inneren Wesens des Menschen bedroht. Die Furcht, der Mensch könnte in ideologischen Zuchthäusern entwürdigt werden, darf nicht geringer sein als die Angst vor der Atomwaffe.

Wir sollten überlegen, inwiefern beides in Wechselwirkung zueinander steht. Es gehört zum Vorrecht der Kirche, in Ruhe und Geduld die Zusammenhänge insgesamt zu verdeutlichen und die hier liegende Kontrapunktik des Atomproblems zu betonen. Wenn man den Menschen in der Atomfrage zum Erschrecken vor sich selber aufruft und zur Selbstkontrolle zurückführen will, muß man zugleich dem Mißbrauch des Menschen durch einen seelenlosen Machtapparat widerstehen. Wer das eine oder das andere mit Schlagworten wie „Lieber tot als Sklav“ oder „Lieber rot als tot“ abtun zu können meint, leistet einer Lähmung politischer Initiative durch Wahnvorstellungen bzw. einer Beschränkung des Menschen auf bloße biologische Existenz Vorschub.

Das Menschenbild in der Erziehung

In der Erziehung und Führung der Jugend geht es in entscheidender Weise um das Bild vom Menschen. Hier geht es um Bindung und Freiheit, um Schöpfungsauftrag und sündige Verstrickung. Die eigentliche kirchliche Erziehungsmacht ist das Evangelium selbst. Was hieraus für die Arbeit der Kirche im Osten und im Westen Deutschlands an gleichartigen und an verschiedenartigen Aufgaben erwächst, das wurde vor der Synode in einer Reihe von Referaten und Berichten entfaltet und danach im Erziehungsausschuß verarbeitet. Da der Verlauf der Synode genügend klargemacht hatte, daß die Kirche hinsichtlich der Sorgen und Nöte christlicher Eltern und Kinder in der „DDR“ nur den Weg freimütiger Offenheit und unverkürzter Wahrheit gehen kann, sah man von einer weiteren Erörterung in der Öffentlichkeit ab, um die Freiheit für ein Gespräch mit der Regierung zu behalten.

Den aufmerksamen Beobachter mußte es allerdings bekümmern, daß die mit dem Erziehungsthema der Synode gestellte Aufgabe trotz der gebotenen Fülle guten Materials nicht bewältigt wurde. Das Plenum beschränkte

sich auf eine matte Entgegennahme der vom Ausschuß vorgelegten Entschlüssen, auf deren sorgfältiges Studium hier nur verwiesen werden kann. Hat sich die Hypertrophie des Politischen in der Kirche hier nicht als eine das Geistliche gefährdende Mangelercheinung alarmierend zur Geltung gebracht?

IV. Die Frage der Atomrüstung

Der Spannungsbogen der Gegensätze

In der Frage der atomaren Bewaffnung haben die Synodalen, wie der Ausschußvorsitzende Professor Raiser in seinem Bericht dem Plenum darlegte, verzweifelt miteinander gerungen. Dabei ging es, wie zugleich treffend formuliert wurde, nicht um die Angst vor dem Tode, sondern um die Angst vor der Sünde. Die Vertreter der bekannten Standpunkte haben sich gegenseitig nicht überzeugen können, ja sie sind sich nicht einen Fuß breit entgegengekommen. Hier gibt es wohl nur ein Entweder-Oder. Die Beratungen erbrachten eine Vielzahl von theologischen, ethischen, politischen bis hin zu waffentechnischen Gesichtspunkten, die eine eingehende Diskussion erfordert hätten, wozu Zeit und Kraft auf der Synode fehlten. Man tat das, was allein eines Gremiums, das sich geistlich versteht, würdig ist, d. h. man verzichtete auf Kampfabstimmung und Majorisierung. Welchen Sinn könnten sie auch im Ernst in einer so tiefgreifenden Gewissensfrage haben? Man verzichtete ebenso auf eine quälende Kompromißformulierung und faßte eine Entschlüsselung, die das Ausmaß der Gemeinsamkeit zum Ausdruck bringt, zugleich aber den Spannungsbogen der Gegensätze umreißt und das Zusammenbleiben unter dem Evangelium betont.

Keine kirchenpolitische und politische Taktik

Die Synode ist vorher und nachher für politische Fragestellungen beansprucht, ja auch in der Bundesrepublik nach dem Maße ihrer politischen Leistung beurteilt worden. Zudem neigen auch kirchliche Kreise dazu, die Synodalen nach „Adenauer-“ und „Anti-Adenauer-Flügel“ abzuzählen. Letzterer habe, so sagt man, zwar die Mehrheit in der Synode gehabt, aber mit Rücksicht auf den möglichen Auszug lutherischer Landeskirchen aus der Synode habe man auf eine Entscheidung verzichtet. Eine solche Sicht ist eine klare Verfälschung der Synode nach Verlauf, Ergebnis und Selbstverständnis. Es war im Gegenteil überraschend, eine wie geringe Rolle unmittelbar politische Sachverhalte auf der Synode gespielt haben. Nichts, gar nichts berechtigt zu einer nachträglichen Feststellung von Mehrheitsverhältnissen. Eben das hat die Synode selbst vermeiden wollen.

Wer gewohnt ist, politische und kirchliche Motive und Argumente unkritisch durcheinanderzumengen, konnte sich freilich aus der tagespolitischen Stimmungslage taktische Vorteile für den bekannten Vorstoß der „Kirchlichen Bruderschaften“ errechnen. Ein beträchtlicher Teil der Synodalen, namentlich aus der „DDR“, hätte die Frage der Einbeziehung der Bundeswehr in die atomare Strategie aus politischer Überlegung kritisch beurteilt. Jedem Kenner der Verhältnisse ist klar, wie sehr hier das ganze Ost-West-Problem der EKD mit hineinspielt. Doch auch so leidenschaftliche Gegner einer Atomrüstung wie Präses Wilm und Professor Vogel haben nicht daran gedacht, diese in kirchlicher, politischer und psychologischer Hinsicht so schwierige Situation für das eigene Anliegen vordergründig in Anspruch zu nehmen oder taktisch auszunutzen. Sie haben damit der Synode geholfen, einen geistlichen und brüderlichen Weg zu gehen.

Die Verleugnungsthese

Die an die Synode gerichtete „Anfrage“ der „Kirchlichen Bruderschaften“, denen keineswegs alle kirchlichen Gegner der Atomrüstung zuzurechnen sind, gipfelte in der Forderung, die Synode solle sich gegen jede Form atomarer Rüstung als einer Sünde schlechthin bekennen — „im Gehorsam des Glaubens“, „unter allen Umständen“, „ohne Rücksicht auf alle anderen Erwägungen“, „vorbehaltlos“. Ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität sei christlich nicht vertretbar und bedeute Totalverleugnung des christlichen Glaubens. Diese Verleugnungsthese erwies sich in der Synode als besonders neuralgischer Punkt. Sie wurde aber von niemandem in der Synode ausdrücklich vertreten, vielmehr inhaltlich gemildert und zugleich formal als Frage deklariert. Männer wie Wilm und Vogel waren schon vorher von ihr abgerückt. Die den Dissensus konstatierende Synodalschließung zur Atomfrage schließt den Verleugnungsvorwurf aus. Mit Verleugnern kann man nicht unter dem Evangelium zusammenbleiben. Im Gespräch Auge in Auge sehen sich die Dinge eben anders an als in einseitigen Erklärungen. Wo die Verleugnungsthese aufrechterhalten wird — Heinz Kloppenburg hat es soeben getan —, endet die kirchliche Gemeinschaft auch in der losen föderativen Form der EKD. Daran kann und darf kein Zweifel herrschen. Wahrlich eine schlimme Vorstellung, mit einer Art Geigerzähler die Gemeinden nun in „Atomsünder“ und „Atomgerechte“ einteilen zu wollen.

Barthianer und Lutheraner

Hinter der Bekenntnis- und Verleugnungsthese steht die Sachfrage nach der theologischen Qualität einer sittlich-politischen Entscheidung. Sie betrifft die Auseinandersetzung zwischen der christokratischen Lehre vom politischen Gottesdienst der Barthianer und der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre. Von daher erklärt sich, warum sich viele nur schwer von der Verleugnungsthese zu trennen vermögen. Wer aber eine ethische Entscheidung auf Grund geistlich-prophetischen Urteils zu einer Glaubensfrage macht, muß den Glaubensstand des Andershandelnden in Frage stellen. Tut er es nicht, hält er also auch eine gegenteilige Entscheidung für christlich vertretbar, hat er seinen ethischen Monismus bereits verraten. Die letzte Entscheidung über eine politische Streitfrage fällt dann im Zusammenwirken des sittlichen Gewissens und der politischen Vernunft. Genau das aber behaupten die theologischen Gegner der Bruderschaften

Gemeinsame Positionen

Es darf nicht gering veranschlagt werden, daß die Gemeinsamkeit aller Standpunkte die Verwerfung eines totalen Krieges mit Massenvernichtungsmitteln und die Forderung nach allgemeiner Abrüstung, auch hinsichtlich der konventionellen Waffen, einschließt. Es gibt, das ist wohl nie strittig gewesen, eine Art von Waffengebrauch, die ethisch nicht zu rechtfertigen ist. Das gilt aber für jede Waffe. Die Verwerflichkeit liegt im Gebrauch. Je schrecklicher eine Waffe ist, desto wirksamerer Sicherungen bedarf es gegen ihren Mißbrauch. Weil jeder künftige Krieg ein Atomkrieg sein kann, kann die Christenheit sich für nichts geringeres einsetzen als für eine wirksame Ächtung des Krieges überhaupt. Hier liegt der Wahrheitskern der These von der qualitativen Veränderung der heutigen Situation. Aber der Atomkrieg darf nicht so isoliert werden, daß andere Kriege hinsichtlich ihrer ethischen Qualität einen anderen Rang erhalten. Die glatte These des „gerechten Krieges“ war von jeher problematisch. Krieg ist in jeder Form ein Stück Sünde dieser Welt. Er kann nicht anders beurteilt werden als Sünde überhaupt in der Zeit zwischen Auferstehung und Wiederkunft Christi. Eine bloße Verdamm-

mung von Sünde hat jedoch für die menschliche Gemeinschaft fraglos weniger Wert als eine Überwindung ihrer Zerstörungskraft mit den der Welt gegebenen Mitteln.

Verschiedene Wege

Wenn nicht das Ziel, sondern der Weg zu ihm strittig ist, jeder Weg aber gute Gründe für sich hat, ist es unmöglich, den Gegner mit absoluten theologischen und moralischen Verdikten zu versehen. Die Synodalgespräche haben deutlich gemacht, wie sehr das ganze atomare Problem theologisch, ethisch, politisch, völkerrechtlich, wissenschaftlich, strategisch und waffentechnisch, also in jeder denkbaren Hinsicht, einen umfangreichen, vielschichtigen und empfindlichen Sachverhalt darstellt. Hinzukommt, daß sich die Menschheit, und wir als Theologen mit ihr, erst auf dem Wege zu seiner Bewältigung befindet. Ist es da denkbar, daß einschichtige Radikalforderungen im Ernst etwas ausrichten? Alternativen lösen Konfliktsituationen, Gewissensnöte und ethische Kollisionen immer nur nach einer Seite hin. Sie lösen sie glatt und eindrucksvoll, aber sie lassen eine andere Seite der Wirklichkeit außer Betracht. Es ist doch ein bedrückender Eindruck, daß sich in der Allroundisolierung der Atomfrage eine Alles-oder-Nichts-Theologie zu Wort meldet, die zum eigentlichen Gespräch nicht mehr fähig ist.

Quantitativer Sündenbegriff und konsequente Gewaltlosigkeit

Die fast ausweglose Befangenheit der bruderschaftlichen Kreise in prinzipiellen Vorentscheidungen zeigt sich im starren Festhalten an ihrem quantitativen Sündenbegriff. Vom biblisch-reformatorischen Sündenverständnis her scheint es uns unmöglich, in der allgemeinen Sündenverstrickung dieser Welt die atomare Waffe willkürlich zu isolieren und zur Sünde schlechthin zu erklären, die durch radikalen Streik zu negieren sei, während die konventionellen Waffen einer anderen ethischen Kategorie zugerechnet werden. Wer die Sünde der Gewaltanwendung durch bedingungslosen Streik beseitigen will, muß sich zum allgemeinen Pazifismus bekennen. Es ist immerhin bezeichnend, daß gegen diese Konsequenz bei den theologischen Sprechern der Bruderschaften wie Gollwitzer und Vogel noch Hemmungen bestehen. Man bedenke übrigens, was diese Sündenauffassung für die Rechtfertigungslehre bedeutet. Die alte reformatorische These, daß Sünden- und Rechtfertigungslehre in einem korrelativen Verhältnis zueinander stehen, gilt auch hier.

Wie unausweichlich die Konsequenz des Pazifismus ist, ergibt sich auch aus der Struktur der gegenwärtigen Verteidigungsorganisation. Kein Soldat der beiden Machtblöcke der Welt steht noch vor der Entscheidung zwischen atomaren oder konventionellen Waffen. Er gehört internationalen Großverbänden an und nimmt an deren atomarer Strategie bereits teil. Im Ernstfall kann er jeden Augenblick in die Lage des aktiv oder passiv Betroffenen (also auch als „Verteidiger“) geraten. Ob Bundeswehr und „Nationale Volksarmee“ selbst atomare Waffen erhalten, schafft grundsätzlich keine neue ethische Situation. Martin Niemöller schien diese Konsequenz zu sehen, wenn er auf der Synode schon bezweifelte, ob ein Christ heute noch Staatsmann sein könne, zumal nach der Heiligen Schrift dazu keine Nötigung bestehe.

Waffentechnik kontra Theologie

Der These, die atomare Waffe sei als Massenvernichtungsmittel schlechthin Sünde, ist auch durch die weitergegangene waffentechnische Entwicklung der Boden entzogen worden. Hier begann auf der Synode der Beitrag des als Sachverständigen hinzugezogenen Professors

v. Weizsäcker, der verschiedentlich in unbestechlicher Objektivität vorgefaßte Meinungen ins Wanken brachte. Die neue atomare Strategie der „abgestuften Abschreckung“ soll auch kleine „konventionelle“ Kriege verhindern, die im Vertrauen auf die Nichtauslösung des großen H-Bombenkrieges und auf eine Überlegenheit in konventioneller Bewaffnung begonnen werden könnten. Zugleich macht die Entwicklung kleinerer und hinsichtlich ihrer Zerstörungswirkung kontrollierbarer Atomwaffen, bei denen eine auf militärische Ziele beschränkte Anwendung möglich ist, den Ausbruch des großen weltzerstörenden H-Bombenkrieges immer unwahrscheinlicher. Nicht jede Anwendung von Atomwaffen also ist schon Massenvernichtung, die Grenze zwischen atomaren und konventionellen Waffen ist fließend geworden. Diese sind nicht weniger schrecklich als jene. Die Fortführung der amerikanischen Atomtests und die mögliche Einbeziehung der Bundeswehr in die atomare Bewaffnung der NATO müssen jedenfalls in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Alternative, aber kein dritter Weg

Das theologische Gespräch steht vor der Alternative zwischen dem konsequenten Pazifismus einerseits und der die Realität der Atomwaffe einbeziehenden Verwaltung von Macht und Gewalt andererseits. Der dritte, mittlere Weg eines bloßen Anti-Atom-Rigorismus ist als absolute ethische Forderung nicht haltbar. Das sollte im Interesse einer allgemeinen Entnebelung klar gesehen und endlich zugegeben werden.

Von Professor v. Weizsäcker ist bekannt, daß er die beiden Wege der Alternative in sich vereinigt und gleichermaßen für christlich vertretbar hält. Dabei ist der Weg der Gewaltlosigkeit unteilbar, d. h. es darf sich dann auch niemand von einem anderen verteidigen lassen. Wer atomar sündlos bleiben will, darf auch nicht den Effekt der Atomsünde anderer beanspruchen. Einseitigkeit in der Abrüstung und damit Schutzlosigkeit müssen in Kauf genommen werden und bedeuten unter den heutigen weltpolitischen Umständen freiwillige Unterwerfung unter den Bolschewismus. Das alles aber kann nicht als animalisches Überlebenwollen, sondern nur als sittliche Entscheidung zum Opfer vertreten werden in der Hoffnung, gerade so in jahrzehntelangem Ringen das bolschewistische System von innen heraus wandeln und der Welt nach einer Zeit der „Überwinterung“ eine neue bessere Ordnung geben zu können. Diese Haltung darf nur, was wiederum v. Weizsäcker klar vertritt, das Ergebnis persönlicher Entscheidung sein, die nicht allgemein gesetzlich verlangt werden kann.

Hat dieser Pazifismus in der Kirche eine Heimat? Ohne Zweifel hat er sie immer gehabt und hat sie selbstverständlich auch heute. Er wird aber in demselben Augenblick zur Häresie, in dem er sich selbst absolut setzt und jeden, der anders denkt und handelt, des Abfalls vom Evangelium bezichtigt. Wer für seine Person schon jetzt sichtbar dafür einstehen will, daß uns eine Welt ohne Gewalt erwartet, darf nicht Gewalt anwenden, um alle auf seinen Weg zu bringen.

Es ist klar, daß diese Art Gewaltlosigkeit heute nur eine Randerscheinung des Ablaufs der Weltpolitik sein kann und politisch nicht zu verwirklichen ist. Um so mehr ist alle Kraft darauf zu verwenden, durch politische und völkerrechtliche Organisation sowie durch Weiterentwicklung der Waffentechnik, erst recht durch Appell an Friedensliebe und nackte Vernunft einen künftigen Krieg zu verhindern.

Die Schranken der allgemeinen Atomdebatte

Die Synode war nicht in der Lage, durch ein mahnendes Wort nach außen die Schranken der gegenwärtigen Atomdebatte in Deutschland zu durchbrechen: die ver-

einfachenden Alternativen, die Vermischung der Argumente, die Unklarheit der Motive und die Furcht vor nüchternen Konsequenzen. Mit am unerträglichsten aber ist es, daß die gesamte Auseinandersetzung einen beinahe ausschließlich antiwestlichen, antiamerikanischen, antibonner Affekt hat. Sind die russischen Atombomben weniger gefährlich? Begehen nicht die 100 000 mitteldeutschen Uranbergleute auch „atomare Sünden“? Gibt es in der „DDR“ und in der Tschechoslowakei noch keine Abschlußbasen? Gehört die „Nationale Volksarmee“ nicht auch einer atomar ausgerüsteten Paktorganisation an? Wir werden auch dieser Isolierung und Vereinfachung der Auseinandersetzung wehren müssen. Ohne Affekt gegenüber dem Osten und dem Westen muß die Kirche sich die Freiheit nehmen, die ganze Wirklichkeit der Welt klar zu sehen.

V. Militärseelsorge

Prügelknabe oder kirchlicher Dienst?

Die Synode folgte fast einstimmig dem Antrag, den Rat der EKD zu beauftragen,

„den Militärseelsorgevertrag zu überprüfen, insbesondere hinsichtlich einer Überleitung der Militärseelsorge in die ausschließliche Zuständigkeit der beteiligten Landeskirchen“.

Diesem Antrag lag der Wunsch der Synodalen aus der „DDR“ zugrunde, unter allen Umständen aus einer, wenn auch noch so geringfügigen formalen Mitverantwortung für den Vertrag der EKD mit der Bundesrepublik entlassen zu werden. Dahinter steht das schlichte verfassungsmäßige Faktum, daß die EKD Gesetze und Verträge nur durch ihre gesamtkirchlichen Organe beschließen lassen kann, auch wenn deren Geltung von vornherein nur für ein Teilgebiet, in diesem Falle also für die Bundesrepublik, vorgesehen ist. Insofern also haben die östlichen Synodalen an dem Zustandekommen des Vertrages formal mitgewirkt, und zwar nicht in ihrer Eigenschaft als Vertreter einer Gliedkirche, sondern als Angehörige eines gesamtkirchlichen Organs. Eine Beteiligung der Gliedkirchen in der „DDR“ hat nie stattgefunden. Umgekehrt hätte die EKD genauso einen gesamtkirchlichen Vertrag mit der „DDR“ geschlossen.

Letzteres wird in der „DDR“ geflissentlich verschwiegen. Vielmehr hatte sich gerade auf den Militärseelsorgevertrag die ganze Wucht der Propaganda gerichtet und hartnäckig die These von der damit vollzogenen institutionellen Verflechtung mit der NATO verfochten. Diesem unsinnigen Argument wurde in Berlin mit einem Beschluß der Kirchenkonferenz entschieden widersprochen. Darüber hinaus war man bereit, dem Anliegen der Synodalen aus der „DDR“ soweit wie möglich entgegenzukommen. Die Verhandlungen wurden freilich erschwert durch Anträge, die unter Hinweis auf die mögliche atomare Ausrüstung der Bundeswehr jegliche vertragliche Militärseelsorge überhaupt abgeschafft wissen wollten. Seelsorge in einer solchen Armee könne nur heißen, zum bedingungslosen Verzicht auf Atomwaffen aufzurufen. Dazu werde der Staat nie seine Zustimmung geben, also könne die Kirche die Militärseelsorge mit ihm auch nicht vertraglich regeln. Da die Synode schon in der grundsätzlichen Beurteilung der atomaren Bewaffnung gespalten war, konnte sie derartigen Anträgen erst recht nicht ihre Zustimmung geben; sie wurden ohne Ausnahme zurückgezogen.

In der Frage der Militärseelsorge ist auch die innerkirchliche Debatte unbegreiflicherweise am unsachlichsten. Auch der Synode wurden hierzu Ausführungen zugemutet, von denen ein so unbestechlicher Mann

wie Professor Raiser erklärte, sie hätten sein Gerechtigkeitsempfinden tief verletzt. Man dürfe nicht die Militärseelsorge zum Prügelknaben machen. Der Militärbischof D. Kunst mußte es am Schluß einer der eindrucksvollsten und geistlichsten Reden, die im Plenum der Synode gehalten wurden, tief beklagen, daß die kirchlichen Kritiker der westdeutschen Militärseelsorge „auch nicht in einer Fußnote“ angemerkt hätten, daß der Soldat in der „DDR“ nicht einmal eine Bibel im Spind haben dürfe. Daß es sich bei der Militärseelsorge zuerst und zuletzt um einen echten kirchlichen Dienst der Verkündigung und der Seelsorge an Männern unseres Volkes handelt, die in einem schweren Amte stehen, wird kaum noch gesehen. Die Kirche würde geistlichen Selbstmord begehen, wenn sie an diesem Punkte, unter welchen Rücksichten auch immer, wankend würde.

Im Kampf um die Ost-West-Einheit der EKD

Von einer Liquidation des Vertrages kann keine Rede sein. Zur Debatte kann nur die Rechtsform der Militärseelsorge stehen, praktisch also die Verlagerung der Zuständigkeit von der EKD auf die westdeutschen Landeskirchen. Über die kirchen- und staatsrechtlichen Schwierigkeiten sowie über die möglichen kirchlichen Konsequenzen gebe man sich keinen Täuschungen hin. Es ist ernsthaft zu fragen, ob nicht hier die Synode in der Absicht, die Gemeinschaft zwischen Ost und West zu erhalten, der Einheit der EKD selbst schwer geschadet und dem Sog der politischen Spaltung erst recht Einlaß gewährt hat. Was ist eigentlich geschehen, wenn Synodale des Ostens die Mitverantwortung für einen wesentlichen kirchlichen Dienst nicht mehr meinen tragen zu können? Damit ist nicht nur, wie Bischof Dibelius der Synode besorgt zu bedenken gab, die Einheit des Pfarrerstandes, sondern der gemeinsame Dienst an der Verkündigung in Frage gestellt. Es ist dem Argwohn Raum gegeben, die Sache der Militärseelsorge werde nicht aus der Mitte des Evangeliums betrieben. Im übrigen ist sehr fraglich, ob die vorgesehene Umwandlung des Vertrages mit der Bundesrepublik den Kirchen in Mitteldeutschland die ersehnte Entlastung bringen wird. Hier ist längst die Forderung nach einer völligen Annullierung erhoben worden.

Die Wahrung der Ost-West-Einheit bleibt für die EKD die Hauptaufgabe. Wie schnell die Aktionsfähigkeit der EKD und ihrer Organe, die freie Verfügung über Verhandlungsthemen und Beschlüsse von außen her eingeschränkt werden können, hat sich jetzt in Berlin gezeigt. Um so mehr käme es auf einen geistlich orientierten Zusammenhalt von innen her an. Solange man taktisch denkt, hinsichtlich der Ausweichmöglichkeiten wie der Ausnutzung der Situation für eigene kirchenpolitische Zwecke, werden wir die gestellte Aufgabe nicht meistern. Wir werden hier noch manchen Preis zu zahlen haben. An die Bruderschaften und ihre Freunde aber ist die Bitte zu richten, den möglichen politischen Mißbrauch ihrer kirchlichen Anliegen künftig sorgsamer zu bedenken.

VI. Konsequenzen für die politische Situation in der Bundesrepublik

Politische Diakonie der Kirche

Für die politischen Entscheidungen in der atomaren Frage hat man ohne Zweifel von der Synode einen stellvertretenden Dienst in der Klärung der ethischen Aufgabe und im Durchstehen der Gewissensnöte erwartet. Für einen solchen Dienst bedarf es des rechten inneren Abstandes von der Tagespolitik, um das Ganze besser in den Blick zu bekommen. Die Synode hat kaum die erforderliche Kraft und Ruhe besessen, sich so im

Gegenüber zur politischen Situation zu sehen. Man rechnet sich in der Kirche zu den politischen Akteuren, oder man wird dazu gerechnet, man ist Faktor oder Objekt im politischen Kampf geworden. Daß auch Synodaltagungen danach beurteilt werden, wieviel sich aus ihnen für Adenauer, Ollenhauer oder Heinemann herausholen läßt, hindert die Kirche geradezu an einem eigentlichen politischen Dienst.

Dennoch meinen wir, daß schon die Tatsache des so verzweifelten Ringens der Synode überhaupt von einiger, sei es vielleicht auch nur indirekter Bedeutung für die im gegenwärtigen politischen Kampf hervortretende geistige Verfassung der Parteien und des Volkes insgesamt sein könnte.

Absolute sittliche Weisung?

Wo sich absolute sittliche Aussagen ergeben, ist die politische Relevanz am unmittelbarsten. Daher muß in erster Linie auf die Absolutheit verwiesen werden, mit der die Synode einen totalen Krieg mit Massenvernichtungsmitteln verwirft, auf Mittel und Wege zu einer allgemeinen Abrüstung, auch in den konventionellen Waffen drängt und um die Sicherung von Glaubens- und Gewissensfreiheit bittet. Es wäre gut, wenn sich Regierung und Opposition in derselben Absolutheit zusammenfinden und darin erkennbarer ihre Gemeinsamkeit betonen würden.

Wenn sich im übrigen dem theologischen Urteil für den politischen Weg zur Sicherung des Friedens im einzelnen keine überzeugenden absoluten sittlichen Weisungen ergeben, so sollte das auch im politischen Kampf innerhalb der Bundesrepublik nicht überhört werden. Das Pathos des Unbedingten, die fanatische Übersteigerung des Rechthabens, mit denen hier gekämpft wird, finden in theologischen und ethischen Überlegungen keine Stütze.

Der Mittelweg

Die Erkenntnis, daß der Mittelweg unbedingter Ablehnung atomarer Waffen bei Anerkennung konventioneller Verteidigung nicht Gegenstand theologisch-ethischer Forderung sein kann, scheint uns der wichtigste Beitrag der Synode in politischer Hinsicht zu sein. Deutlich

wurde auch, daß auf das genaueste zu unterscheiden ist zwischen einer pazifistischen oder teilpazifistischen Ablehnung jeglicher Atomwaffen aller Mächte und der Ablehnung einer Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Letztere ist eine politische These, keine ethisch-absolute, solange man sich den Atomschutz der Amerikaner gefallen läßt. Die Differenzen liegen hier im politischen Urteil, nicht in der sittlichen Haltung. Darum läuft von der Gesprächslage der EKD-Synode her der Graben zwischen der Bruderschaftstheologie auf der einen Seite und der CDU und der SPD auf der anderen Seite. Wer grundsätzlich an der Landesverteidigung festhält und im Vertrauen auf den Atomschutz Amerikas auf Atomwaffen der Bundeswehr verzichtet, kann die Theologie der kirchlichen Atom pazifisten nicht für sich beanspruchen. Es würde zur Entideologisierung unserer politischen Streitigkeiten beitragen, wenn hier endlich eine kräftige „Entnebelung“ einsetzte.

Die Verantwortung des Politikers

Es gehört zur sittlichen Verantwortung des Politikers, sein politisches Programm im einzelnen präzise zu verdeutlichen. Es kann keiner Partei verwehrt werden, für ein solches Programm eine politische Bewegung in Gang zu setzen, wenn sie sich im Rahmen der Verfassung hält. Es ist aber kein rechter Dienst an der politischen Meinungs- und Willensbildung unseres Volkes, wenn in der atomaren Frage unklar bleibt, ob eine Partei nun den Opferweg des Pazifismus oder den politischen Weg einer ordentlichen Verwaltung auch der Atomwaffen gehen will, und die Argumente im einzelnen vermischt werden. Die atomare Frage ist ein Weltproblem. Wer hier den Verzicht der Bundesrepublik fordert, darf nicht in einer Art von negativem Nationalismus die Auskunft darüber schuldig bleiben, wie im übrigen der Weg weitergehen soll.

Die Politiker müssen davon durchdrungen sein, daß der gegenwärtige Atomausgleich der Weltmächte politisch nur als Zeitgewinn für eine umfassende internationale Organisation des Friedens verstanden werden kann. Ob die atomare Ausrüstung der Bundeswehr Förderung oder Hindernis internationaler Friedenssicherung sein würde, entzieht sich kirchlicher Erkenntnis und ist Gegenstand politischen Kampfes.

DER VERGESSENE ANTICHRIST

von Pfarrer Heinrich Link, Essen

„Das ist der Widerchrist, der den Vater und den Sohn leugnet.“

(1. Joh. 2, 22)

Die Verkündigung vom Antichristen spielt in der Kirche keine entscheidende Rolle. Wo wird über ihn gepredigt? Wo werden die Folgerungen gesehen, die sich aus der Wirklichkeit des Antichristen für das Verhältnis von Kirche und Welt ergeben?

Die Gründe für die vergessene Rede vom Antichristen sind darin zu suchen, daß in der Heiligen Schrift der Antichrist oder, wie es in den Johannesbriefen heißt, der Widerchrist nur an verhältnismäßig wenigen Stellen genannt wird. Das Wort selbst kommt nur in den Johannesbriefen vor. Die Gestalt des Antichristen findet sich allerdings um so deutlicher an anderen Stellen der Bibel beschrieben, vor allem im Danielbuch und in der Offenbarung des Johannes. Es kommt hinzu, daß die Gestalt des Antichristen vielfach zu den mythologischen Elementen der Heiligen Schrift gerechnet wird, die für die moderne Predigt nicht mehr tragbar sind.

Die christliche Verkündigung hat heute einen anderen Schwerpunkt: die Welt als christliche Aufgabe ist wieder entdeckt. Gott hat in Jesus Christus grundsätzlich ja gesagt zu dieser Welt. Gott will nicht, daß die Welt verlorengeht. Sie soll durch Jesus Christus gerettet werden, der die Gottlosen rechtfertigt und versöhnt. Wer wollte diese Aufgabe der Verkündigung in der Welt und an der Welt bestreiten

oder in Frage stellen? Das Wort ist Fleisch geworden und hat in Jesus Christus Wohnung unter uns genommen, um der Welt den Versöhnungswillen Gottes zu bezeugen.

Aber diese zu rettende Welt ist ja nicht nur die Welt der bußfertigen und heilsbegierigen Sünder, sie ist auch die Welt der Gott hassenden und Gott widerstrebenden Mächte. Die Welt ist zweifellos die Welt Gottes, sie ist aber auch — welch seltsame Dialektik — die Welt seines satanischen Gegenspielers, des Teufels, und seines Werkzeuges, des Antichristen. Wer die Wirklichkeit der satanischen Kräfte in der Welt leugnen wollte, der müßte nicht nur die Wahrheit des biblischen Weltbildes, sondern auch die eigene Wirklichkeit leugnen. Ohne die Realität des Satanischen ist weder die Geschichte in Vergangenheit und Gegenwart, noch die eigene Existenz zu verstehen. Wer aber Satan sagt, der sagt zugleich auch Antichrist. Wie Gott Fleisch geworden ist im Sohn, so wird der Satan immer wieder Fleisch im Antichristen.

Damit ist keinem unbiblischen Dualismus das Wort geredet. Gott ist und bleibt der Herr der Welt. Auch der Teufel ist nur „Gottes Teufel“. Seine Macht ist durch Jesu Kreuz und Auferstehung gebrochen. Aber ihm ist noch für eine Zeit eine echte reale Gewalt gegeben, und diese satanische Gewalt ist am Werk im Wirken des Antichristen und in der Macht der Sünde, die uns alle täglich bedroht.

Der Antichrist ist keine johanneische Spekulation. Er gehört ohne Frage zum Weltbild Jesu. Jesus hat sein Erscheinen vorausgesagt und die Gemeinde vor seiner zerstörerischen Wirksamkeit ausdrücklich gewarnt.

Die „letzte Zeit“ oder die „letzte Stunde“, wie der 1. Johannesbrief sagt, ist die Stunde des Antichristen. Sie ist mit Jesu Kommen in diese Welt angebrochen. Seit der Nacht von Bethlehem, dem Auferstehungsmorgen und der Geistausgießung am Pfingsttage leben wir in der letzten Zeit. Jeder uns neu geschenkte Tag trägt in sich die Möglichkeit, der jüngste Tag dieser vergehenden Welt zu sein. Wenn diese Sicht des neuen Testaments richtig ist, dann leben wir also mitten in der Zeit des Antichristen. Der Antichrist ist dann die große Gefahr und Versuchung für die Gemeinde Jesu Christi, aber auch für die Welt.

Wer aber ist der Antichrist? Diese Frage hat die christliche Gemeinde durch die ganze Kirchengeschichte bewegt. Es hat kaum eine Zeit gegeben, die nicht, ob zu Recht oder Unrecht, in den in ihr wirkenden christus- und kirchenfeindlichen Mächten das Bild des Antichristen gesehen hätte. Für Luther war der Antichrist das verweltlichte Papsttum. Aber auch in der Bedrohung des Abendlandes durch das Vordringen der Türken sah er den Antichristen am Werk.

Der 1. Johannesbrief gibt eine klare Antwort: „Das ist der Widerchrist, der den Vater und den Sohn leugnet.“ Das Wesen des Antichristen ist nur vom Wesen der satanischen Macht her zu verstehen. Der Satan ist in der Schau der Heiligen Schrift der gottfeindliche Wille in seiner höchsten Potenz, der reine Gotteshaß. Der Satan weiß, was Gott ist und was Gott will. Sein Kampf gilt der göttlichen Majestät. Gott soll entthront werden. Seinen Platz will Satan selber einnehmen.

Der Antichrist ist die Verkörperung des satanischen Gegenwillens in Gestalten und Mächten dieser Welt, die nicht unbewußt, sondern sehr bewußt den Kampf gegen Gott und seinen Herrschaftsanspruch auf diese Welt und ihre Menschen führen. Sie kämpfen nicht aus Schwachheit und Mangel an Erkenntnis gegen Gott. Mit vollem Bewußtsein stehen sie als willige Werkzeuge im Dienste der gottfeindlichen Macht. Sie will die Vernichtung Gottes und die Ausrottung seiner Anbetung: Gott ist tot, Gott ist ein Aberglaube bestimmter ökonomischer Verhältnisse, eine Erfindung zur Versklavung des freien Menschen. Gott ist der Götze der herrschenden Gesellschaft zur Stabilisierung des Unrechts der von ihr unterdrückten Klassen. Gott ist die Selbstentfremdung des Menschen, das große Hindernis des menschlichen Fortschritts auf Erden. Gott darf nicht sein! Darum ist alle Religion, das Bewußtsein von der Wahrheit und Wirklichkeit Gottes, „Opium fürs Volk“.

Aber erst recht darf der Sohn Gottes nicht sein. Es darf nicht wahr sein, daß in dem Mensch gewordenen Gottessohn das Heil der Welt erschienen ist. Jesus Christus als der Erlöser muß gelehnet werden, damit der Antichrist der Erlöser dieser Welt sein kann. Darum trägt der Antichrist alle Kennzeichen eines Weltheilands, er ist im wahren Sinne der „Gegenchristus“, das unheilige Zerrbild der Heiligkeit des Sohnes. Er ist immer eine pseudoreligiöse Gestalt, wenn er auch die säkularen Gewänder liebt.

Der Antichrist tritt auf als der große „Welterlöser“. Er löst die politische Frage: „Christus brachte das Schwert, ich bringe den Frieden.“ Er löst die soziale Frage durch die Gleichheit des allgemeinen Sattseins, durch Brot und Spiel, und die religiöse durch die Verkündigung einer staatlichen, jeweils neu interpretierten Ideologie.

DIE KOMMUNISTISCHE INFILTRATION

Der Durchschnittsbürger der Bundesrepublik hat zumeist nur eine vage Vorstellung von der Art und dem Ausmaß jener kommunistischen Unternehmungen, die man gewöhnlich unter der Bezeichnung „Infiltration“ zusammenfaßt. Gelegentlich liest er von Kommunistenprozessen, in denen einzelne Personen oder Gruppen — meist zu milden Gefängnisstrafen — verurteilt werden; und bald darauf hört er von Amnestieforderungen, in denen mehr Liberalität gegenüber den Beschuldigten und Verurteilten, ja Straffreiheit für die sogenannten politischen Straftaten verlangt wird.

Dieser „Erlöser“ erträgt keinen anderen Erlöser neben sich. Er kann es nicht hinnehmen, daß es einen Gott gibt, der seinen Erlösungswillen im Sohn der Welt kundgetan hat. Wer aber die Liebe Gottes in seinem Sohn zum Heil und zur Rettung der Welt leugnet, der greift Gott in seinem innersten Wesen an.

Ob es einen Gott gibt oder nicht — das ist keineswegs die für die Welt entscheidende Frage. Gegen Gott als Axiom der theoretischen oder praktischen Vernunft hat sie noch niemals etwas einzuwenden gehabt. Die Menschheit muß wissen, ob es Gott als Erlöser gibt, der ihr einen rettenden Weg zu ihrem zeitlichen und ewigen Heil zu zeigen vermag. Dies aber ist ja gerade die unerhörte, in Jesus Christus beglaubigte Botschaft des Evangeliums, daß Gott diese Welt so sehr geliebt hat, „daß er seinen eingeborenen Sohn gab, auf daß alle, die an ihn glauben, nicht verloren werden, sondern das ewige Leben haben“.

Die Gemeinde Jesu Christi, die in der „letzten Zeit“ lebt, wird die Warnung vor dem Antichristen für ihr Weltverständnis und Weltverhältnis beachten müssen. Im Blick auf den Antichristen wird sie nicht mehr so ungebrochen und eindeutig von Gottes Ja zur Welt reden können. Gott sagt ja zu einer verlorenen Welt, die sich retten lassen will. Aber er sagt auch nein zu einer Welt, die sich nicht retten lassen will, die im Dienste des Antichristen den Vater und den Sohn leugnet. Zwischen Gott und Widergott, zwischen Christus und Antichristus gibt es keine Koexistenz. Die Kirche lebt zwar in der vom Antichristen gezeichneten Welt, aber sie kann nicht mit den Kräften und Mächten koexistieren, die das Siegel des Antichristen an der Stirn tragen. Der Lüge von der Erlösung des Menschen durch den Antichristen, in welcher ideologischen Form diese auch immer vorgetragen wird, muß sie die Wahrheit von der alleinigen Erlösung in Jesus Christus entgegensetzen: „Denn es ist in keinem anderen Heil, ist auch kein anderer Name unter dem Himmel den Menschen gegeben, darin sie sollen selig werden.“

Die Kirche muß auch den Mut haben, die Frage nach dem Antichristen konkret zu stellen und zu beantworten. Die Gemeinde darf dem Vater der Lüge nicht wehrlos preisgegeben werden. Es wird nicht immer leicht sein, die wahre Gestalt des Antichristen in einer Zeit auszumachen. Der Antichrist hat tausend Möglichkeiten der Verkleidung und Tarnung. Vielleicht ist er gerade dort nicht, wo wir ihn untrüglich zu erkennen meinen. Nicht jedes kritische Wort über die Kirche, auch nicht jeder Kirchenaustritt ist Aktion des Antichristen. Es wäre gefährlich, wollte die Kirche ihr Versagen, ihre Schwächen und ihre Fehler mit einem billigen Feldgeschrei wider den Antichristen verdecken. Sie muß sogar mit der Möglichkeit des Antichristen in ihrem eigenen Raume rechnen. Aber sie darf ihn auch nicht verharmlosen und zur mythologischen Figur machen. Der Antichrist gehört zur Wirklichkeit dieser Welt. Er ist in ihr am Werk. Seine Kennzeichen sind bekannt: „Das ist der Widerchrist, der den Vater und den Sohn leugnet.“ Daran ist er jedenfalls unter tausend möglichen Gestalten zu erkennen, daß er die Erlösung der Welt ohne den Vater und den Sohn propagiert, und nicht nur propagiert, sondern auch das Bekenntnis dazu mit allen Mitteln bis hin zur Existenzvernichtung, Vergewaltigung der jugendlichen Gewissen und Kirchenverfolgung durchzusetzen versucht.

Es gehört zum Wächteramt der Kirche, die Anläufe des Antichristen in allen Bereichen des Lebens und dieser Welt zu erkennen und zu entlarven und der Gemeinde zur Klarheit zu verhelfen, damit sie im Glauben an ihren Erlöser, der die Welt überwunden hat, fest bleibe bis ans Ende.

Der Eingeweihte aber weiß, daß die kommunistische Regierung der Sowjetzone eine umfassende Aktion zur Aufweichung und Zermürbung der Bundesrepublik, zur Zersetzung ihrer Parteien, die die politische Willensbildung tragen, und selbst zur Beeinträchtigung der Bundeswehr, die diesen Staat vor einem kommunistischen Angriff schützen soll, in Gang gesetzt hat. Die Kommunisten, die schon seit vielen Jahren in Deutschland keine Chance haben, im normalen politischen Prozeß, d. h. aufgrund von Wahlen, Einfluß und Positionen zu erlangen, haben sich weder dadurch noch durch das Verbot

der Kommunistischen Partei, das vom Bundesverfassungsgericht verhängt wurde, entmutigen lassen. Sie sind vielmehr dazu übergegangen, ihre Propaganda auf solche politischen Fragen zu konzentrieren, in denen eine Integration großer Bevölkerungsgruppen möglich ist, deren Angehörige mit dem Kommunismus an sich nichts zu tun haben wollen.

Pankows Hauptgeschäft

Wiederbewaffnung und Atomausrüstung sind Fragen dieser Art. Und besonders in der Atomkampagne haben die Kommunisten alle ihre Kräfte eingesetzt. Sieht man sich die Produkte der kommunistischen Propaganda, insbesondere auch die in der Sowjetzone erscheinenden Zeitungen an, so gewinnt man unvermeidlich den Eindruck, daß die politische Infiltration der Bundesrepublik das Hauptgeschäft der Pankower Regierung und ihres ganzen Staatsapparates ist. Gerade in den letzten Monaten hat sich diese Aktivität außerordentlich gesteigert:

„Erforderlich sind Tausende neuer Kontakte, enge brüderliche Beziehungen zu Gewerkschaftsorganisationen, zu sozialdemokratischen Funktionären und sozialdemokratischen Organisationen, die Schaffung von festen Stützpunkten in den Großbetrieben Westdeutschlands, von Stützpunkten in den Gewerkschaften, in der SPD und in allen Massenorganisationen der Werktätigen. Das muß sowohl durch die Entsendung von Funktionären und Delegationen unserer Parteiorganisation und der Gewerkschaften als auch durch eine Vervielfachung qualifizierter Delegationen aus Westdeutschland in die DDR erfolgen.“

Das stand am 23. Oktober 1957 im Ost-Berliner kommunistischen Zentralorgan „Neues Deutschland“. Dieses Programm wurde präzise und mit großem Aufwand in die Tat umgesetzt. Aber die „Kontakte“, die zu einem unübersehbaren Gemisch von Propagandamaßnahmen sowjetzonaler Dienststellen und westdeutscher, mit der „Aktion Kampf dem Atomtod“ befaßter Gruppen geführt haben, sind nur ein Teil des großen Infiltrationsprozesses. Zu ihm gehören weiter die aktive Teilnahme kommunistischer Agitatoren an Veranstaltungen, die sich gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr richten, Unterstützung und Steuerung der in der Bundesrepublik erscheinenden kommunistischen Tarnpresse und insbesondere der Versuch einer direkten Einwirkung auf die Soldaten der Streitkräfte.

Propagandaflut über die Zonengrenze

Aus der Sowjetzone kommen täglich und stündlich Sendungen von Zeitungen, Flugschriften, ja auch von gefälschten Dokumenten, die von der Sozialistischen Einheitspartei, ihrer Jugendorganisation und den „freien“ kommunistischen Gewerkschaften hergestellt werden. Meistens werden sie von Kurieren in das Bundesgebiet gebracht, über Verteilungsstellen geleitet und mit der Bundespost verschickt. Die Flugblätter sind oft nicht ungeschickt gemacht. Eine Coca-Cola-Reklame z. B. bringt

auf der Rückseite einen Appell gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Ein Textbuch der Oper „Fidelio“ befaßt sich nur auf der Titelseite mit dem Werk Beethovens, dagegen im ganzen Inneren mit den Werken von Marx und Engels.

Briefe, Fälschungen, Magazine

An die Soldaten werden persönliche Briefe geschrieben, in denen es heißt, daß sie in einem amerikanischen Angriffskrieg gegen die „friedliebenden“ Völker der kommunistischen Welt als Kanonenfutter mißbraucht werden sollen. Ein Soldaten-Taschenbuch, das ein Münchener Verlag herausgibt, wird in der Sowjetzone gefälscht. Die Fälschung hat denselben Umschlag wie das Original. Aber sie enthält detaillierte Instruktionen, wie man sich der Militärdienstpflicht entziehen und sich den Befehlen der Offiziere widersetzen kann. Auch Bücherkataloge werden versandt, die Namen und Anschriften wirklich bestehender Verlagshäuser aufweisen. Aber in diesen Katalogen sind nur Bücher kommunistischer, linkssozialistischer und pazifistischer Autoren Westeuropas angeführt. In gleicher Weise werden gefälschte Exemplare westdeutscher Zeitungen verbreitet.

In den Kasernen tauchen regelmäßig verschiedene Magazine auf, z. B. der „Soldatenfreund“, „Die Kaserne“ und „Tabu“. Diese Magazine enthalten Pin-up-girls, Karikaturen, anzügliche Witze, dann aber auch Bilder mit Kriegschrecken. Gleichzeitig wird mit gefälschten Einberufungsbefehlen, die täuschend echt nachgemachte Siegel und Unterschriften tragen, und vor allem mit gefälschten Widerrufern von Einberufungspapieren versucht, Verwirrung zu stiften. An die Privatadresse verheirateter Soldaten werden parfümierte Briefe gerichtet, die bei den Frauen den Eindruck erwecken sollen, sie kämen von Freundinnen ihrer Männer. Die Wirkung dieser Machenschaften auf die Soldaten ist allerdings gering.

Das Ziel: wehrlos machen

Hier konnten nur einige Beispiele aus dem Großangriff der kommunistischen Propaganda auf die Bundesrepublik wiedergegeben werden. Dieser Großangriff in all seinen Erscheinungsformen verdient ernste Beachtung. Bedauerlicherweise läßt es die Opposition in ihrem Bestreben, mit der Atomparole innenpolitische Erfolge zu erreichen, an der nötigen Aufmerksamkeit und auch an der nötigen Abgrenzung gegen die kommunistische Propaganda fehlen. Das ist genau die Atmosphäre, die die kommunistischen Agitatoren wünschen und brauchen, um ihrem Ziel, die Bundesrepublik wehrlos zu machen, näherzukommen. Man sollte jedem mit Mißtrauen begegnen, der sich zwar für eine Atomabrüstung des Westens einsetzt, aber nicht mit der gleichen Energie die Atomrüstung der Sowjets ablehnt. Denn die Kriegs- und Vernichtungsgefahr geht von den Atombomben der Sowjetunion aus, nicht von denen des Westens oder gar von den zwölf Divisionen der Bundesrepublik.

AUS DEN ARBEITSKREISEN

Auf einer Landestagung des **Evangelischen Arbeitskreises der CDU Westfalen-Lippe** in Hamm wandte sich der Vorsitzende, Oberbürgermeister a. D. Ernst Bach, Siegen, gegen die gewissenlose Ausnutzung der Atomangst für parteipolitische Zwecke. Er faßte seine Ausführungen in folgenden Sätzen zusammen:

„Die Bundesregierung und die Mehrheit des Bundestages sind der Auffassung, daß die atomare Abrüstung nur erreicht werden kann, wenn die Bundesrepublik als Teil der freien Welt dieselbe Bewaffnung wählt wie die übrigen NATO-Nationen und dadurch überhaupt erst die Möglichkeit geschaffen wird, daß sich die freie Welt auf der einen und die Sowjetunion mit ihren Satelliten-Staaten auf der anderen Seite am Verhandlungstisch zusammenfinden, um zu einer Abschaffung der atomaren Waffen zu kommen. Die Tatsache, daß es trotz des gespannten Verhältnisses zu einem neuen Vertragsabschluß

zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik gekommen ist und die Tatsache, daß Moskau die Bundesrepublik gebeten hat, sich mit dafür einzusetzen, daß die Versuche mit atomaren Waffen eingestellt werden, sind der beste Beweis dafür, daß die Politik der Bundesregierung richtig ist.

Der Weg, den die Opposition gehen will, würde unweigerlich zum Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und damit zu ihrer Isolierung führen. Dieses Ausscheren aus der NATO aber würde Amerika zwingen, seine Truppen aus Europa zurückzuziehen. Europa wäre damit völlig dem Druck der Sowjetunion ausgeliefert. Nicht nur Deutschland, sondern auch Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Norwegen und Schweden würden automatisch in die Interessensphäre der Sowjetunion einbezogen. Es gibt ja auch bei uns eine Anzahl Männer und Frauen, die mit dem Gedanken spielen, daß

es besser wäre, ein russischer Satelliten-Staat zu werden, als atomar aufzurüsten. Diese Fantasten glauben, mit der Aufgabe der Freiheit ihr Leben erkaufen zu können. Sie vergessen dabei, daß der Zusammenschluß Asiens und Europas unter bolschewistischem Regime eine solche Machtzusammenballung des Kommunismus bedeuten würde, daß Amerika nur noch die Entscheidung hätte, entweder auch Sklave Moskaus zu werden, oder durch Einsetzung seiner atomaren Waffen die Operationsbasis des Kommunismus in Europa zu vernichten. Daß Deutschland mit seinem großen Wirtschafts-Potential das erste Angriffsziel sein würde, muß jedem einleuchten. In Wirklichkeit führt also die Politik der Opposition in den Atomkrieg und Atomtod . . ."

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Westfalen-Lippe gab zum Abschluß seiner Landestagung folgende **Erklärung** ab:

„Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Westfalen-Lippe hat sich auf seiner Tagung in Hamm hinter den Beschluß des Bundestages zur Abrüstung und zur Atomfrage gestellt. Mit allen gutgesinnten Deutschen in Ost und West ist der Arbeitskreis in der Ablehnung der Anwendung von Atomwaffen einig. Deswegen würdigt der Arbeitskreis die Bestrebungen des Bundestages und der Bundesregierung im Blick auf eine weltumfassende Abrüstung. Ohne Verständigung der freien Welt und Sowjetrußlands mit seinen Satellitenstaaten ist eine solche Abrüstung nicht zu erreichen. Die Bundesrepublik allein wird auch nicht durch einseitigen Verzicht auf atomare Abwehrrüstung die Welt von der Atomangst befreien und unser Volk vor dem Atomtod schützen können.

Der Arbeitskreis sieht keinen Gewinn darin, daß der Osten allein Träger der Atomgewalt wird. Eine Politik, die im Ergebnis dahin führt, ist unrealistisch und Schwärmerei. Sie ist dies um so mehr, wenn man versucht, sie theologisch zu begründen. Wenn die sogenannten Kirchlichen Bruderschaften in ihren zehn Thesen ihre Auffassung von der Atomfrage als Kriterium der biblischen Rechtgläubigkeit ansehen, so propagieren sie damit eine Irrlehre, die in der Heiligen Schrift und in den Bekenntnissen der evangelischen Kirche keine Stütze findet.

Der Arbeitskreis wendet sich gegen die Atomlüge, die Bundestag und Bundesregierung in ihrer realistischen Friedenspolitik unglaubwürdig machen will.“

*

Auch der **Evangelische Arbeitskreis der CDU Rheinland-Pfalz** setzte sich auf einer zweitägigen Landestagung in Kaiserslautern in erster Linie mit der Atomfrage auseinander. Im Mittelpunkt der Tagung standen Referate des Bundestagsabgeordneten Dr. Berthold Martin, Gießen, des Landwirtschaftsministers von Rheinland-Pfalz, Oskar Stübinger, Mainz, des Bundesvorsitzenden der Jungen Union Deutschlands und Bundestagsabgeordneten Dr. Gerhard Stoltenberg, Kiel, und des Geschäftsführers des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Hans Strümpfel, Bonn. Der Vorsitzende des Arbeitskreises, Landtagsabgeordneter Gustav Hülser, Neustadt an der Weinstraße, sagte in seinem Schlußwort u. a.:

„Wir evangelischen Christen aus Rheinland-Pfalz, also aus dem Bereich der pfälzischen, der hessischen und der rheinischen Landeskirche, haben es in der Gewinnung und Vertretung einer einheitlichen politischen Stellungnahme zu den uns hier und heute bewegenden Problemen besonders schwer. Der durch gewiß sehr kleine, aber unerhört und rücksichtslos aktive Gruppen fanatisch-einseitiger Theologen und Laien geführte Kampf gegen die konsequente Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO findet bei den Spitzen dieser drei evangelischen Landeskirchen eine Stütze, wie das kaum in einer anderen deutschen Landeskirche der Fall ist. Uns evangelische Christen in der CDU bringt das immer wieder in eine geradezu bedrückende Lage.

Wir bekennen uns mit und in unserer Kirche ohne jeden Vorbehalt zur Glaubensgemeinschaft der evangelischen Christen im Westen und im Osten unseres Vaterlandes. Keine Macht der Welt kann und wird uns aus dieser Gemeinschaft herausbringen. Wir erheben jedoch unterschiedenen Einspruch gegen die anmaßende und theologisch unhaltbare Erklärung der genannten Kreise, daß die von uns gebilligte, konsequente NATO-Politik der Bundesregierung und der CDU/CSU gegen die drei Glaubensartikel unseres evangelischen Glaubensbekenntnisses verstoße. Wir erbitten und erwarten vor allem von den führenden Männern unserer Landeskirchen, daß sie unsere in christlichem Gewissensernst gewonnene politische Überzeugung würdigen und gegen diese Diffamierung in Schutz nehmen.

Wir wünschen aufrichtig, daß die evangelische Kirche und ihre führenden Männer nicht in die Niederungen der parteipolitischen Auseinandersetzungen hineingezerrt werden. Darum dürfen wir aber auch erwarten, daß die verantwortlichen Amtsträger sich bei ihren

Außerungen zu den heute so leidenschaftlich umstrittenen Fragen im vollen Ausmaß gegen die Möglichkeit jeder Art von Mißdeutung sichern und sich von einer christlich-theologischen Diffamierung der die Regierungspolitik vertretenden Kirchenglieder distanzieren.

Wir haben unseren Standpunkt zur Frage einer etwaigen atomaren Bewaffnung der Bundeswehr im vollen Bewußtsein der damit verbundenen Verantwortung vor Gott und den Menschen bezogen. Wir glauben, daß wir mit dieser Politik der Erhaltung des Friedens, der Freiheit und der christlich verstandenen Menschenwürde dienen. Niemand hat bisher wirksamere und ungefährlichere Mittel zur Sicherung dieser höchsten Güter der Menschheit aufgezeigt. Niemand hat auch bisher einen anderen Weg gewiesen, auf dem die Wiederherstellung der Freiheit unserer Brüder und Schwestern in der Sowjetzone und ihre Wiedervereinigung mit den Deutschen der Bundesrepublik größere Aussicht auf Verwirklichung hat . . .“

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Rheinland-Pfalz verabschiedete als Ergebnis seiner Beratungen nachstehende **Entschliebung**:

„Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Rheinland-Pfalz, zu einer Landestagung in Kaiserslautern versammelt, bekennt sich zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Beendigung des atomaren Wettrüstens in der ganzen Welt. Er bekennt sich zu den Aufrufen der evangelischen Kirchen an die Staatsmänner und Parlamente aller Nationen, dem drohenden Atomtod der Menschheit zu wehren.

Der Arbeitskreis ist der Auffassung, daß die allgemeine und kontrollierte Abschaffung der Atomwaffen nur im Rahmen einer umfassenden allgemeinen Abrüstung Frieden und Freiheit sichert. Den einseitigen Verzicht der Bundesrepublik auf eine Bewaffnung, die der des möglichen Gegners gleichwertig ist, hält der Arbeitskreis für unverantwortbare Schwärmerei und für einen Verrat an unseren Soldaten. Wer diesen Verzicht fordert, mißachtet den Auftrag des Staates und die Erfahrungen der Geschichte. Er verkennt zudem die Unberechenbarkeit der bolschewistischen Weltanschauung und die hemmungslose Machtpolitik der Sowjets. Die heutigen Satellitenstaaten von Estland bis Albanien verloren ihre Freiheit, weil sie den Friedensbeteuerungen der Sowjets vertrauten. Die blutige Unterdrückung des Aufstandes unserer Brüder und Schwestern in der Sowjetzone vom 17. Juni 1953 wie der Erhebung des tapferen ungarischen Volkes 1956 durch die Rote Armee sollte uns warnen!

Weil wir dem Atomtod den schärfsten Kampf ansagen, treten wir für die modernste Bewaffnung der NATO und damit auch unserer Bundeswehr bis zu einer allgemeinen Abrüstung ein: um einen Überfall des Bolschewismus auf unser Volk zu verhindern, um den Frieden in Freiheit zu sichern, um die freie Welt vor dem Satelliten-Schicksal bewahren zu helfen. Denn in der Freiheit sehen wir das höchste Gut unseres Volkes. Ihrer Erhaltung und der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in dieser Freiheit gilt unser heißes Bemühen.

Wir warnen unser Volk, aus Angst, Ungeduld und in gefährlichem Vertrauen auf die bolschewistischen Friedensversicherungen die Schuld an der heutigen Lage auf der falschen Seite zu suchen.

Wir beschwören unser Volk, nicht zu übersehen, daß der Bolschewismus nur ein Ziel kennt: die Zerstörung der Einheit und Freiheit der Völker und ihre Einbeziehung in den kommunistischen Machtbereich, zu dem sich bisher noch kein Volk der Welt durch freie demokratische Entscheidung bekannt hat.“

*

Zu der Auseinandersetzung mit den neutralistischen und pazifistischen Gruppen in der evangelischen Kirche formulierte der **Evangelische Arbeitskreis der CDU Baden** auf einer Landestagung in Karlsruhe folgende **Thesen**:

„Die ‚Kirchlichen Bruderschaften‘ sind eine politisch aktive Gruppe von Geistlichen und Laien innerhalb der evangelischen Kirche.

Sie kämpfen gegen die Atombewaffnung mit Argumenten, die sie teils aus theologischer Überlegung, teils aus politischen Gründen gewinnen und dann in gefährlicher Weise miteinander mischen.

Sie haben schon geraume Zeit in ihren Äußerungen zu erkennen gegeben, daß sie den außenpolitischen Kurs von Bonn ablehnen, eine Lockerung der Bindung an den Westen und eine starke Offenheit gegenüber dem Osten propagieren.

Sie fordern, indem sie an den Gehorsam gegenüber dem Evangelium appellieren, daß der Westen ‚ohne Sicherung‘ die Atomwaffen beseitige, und zwar ohne Rücksicht auf politisches Kalkül, einfach im Vertrauen auf Gottes Wort, und sie erheben diese radikale kompromißlose Forderung mit einer beängstigenden Sicherheit und Unbeugsamkeit.

Sie sind in ihrem Vorgehen unbrüderlich, indem sie jede andere konkrete Einstellung zu den schwerwiegenden Problemen der Atombewaffnung von vornherein als unchristlich, sündig, verantwortungslos brandmarken.

Wir wehren uns entschieden gegen die verletzende Unterstellung, daß wir, politisch Andersdenkende, nur das politische Kalkül gelten ließen und den Gehorsam gegenüber dem Evangelium in dieser entscheidenden Weltstunde vergäßen.

Wir beanspruchen in gleicher Weise wie sie, daß wir mit unserer eigenen politischen Überlegung und Konzeption nichts anderes wollen, als die atomare Todesbedrohung der Völker zu bannen,

aber auch das Leben der westeuropäischen Völker vor der seelenmordenden Gefahr des Kommunismus zu bewahren.

Wir glauben, wenn wir beides in unsern Plänen und Handlungen ehrlich und ernsthaft aufnehmen, daß wir damit unserem Christseinwollen nicht widersprechen.

Wir müssen die Forderung zum sofortigen Atomstreik des Christen als sinnlos und unrealistisch ablehnen, aber wir wissen uns vor Gott und der Menschheit verpflichtet, jene Staatsmänner zu unterstützen, die auf eine Entspannung, Abrüstung, Abschaffung der Atomwaffen auf beiden Seiten der Welt drängen und alle menschlichen Möglichkeiten dazu ausschöpfen."

ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION

Vollmacht zum Frieden

In dem von Landesbischof Lilje herausgegebenen „SONNTAGS-BLATT“ schreibt der schleswig-holsteinische Kultusminister Edo Osterloh:

„Gewiß kann das Einfache, das Durchsichtige, das Einleuchtende zugleich das Christliche sein, aber sicher ist, daß die Simplifizierung gewöhnlich eine Verführung zum Unheil bewirkt. Jedes Ja zum Frieden, das aufrichtig gesprochen und durch das alltägliche Verhalten auch im eigenen und engsten Lebenskreis bestätigt wird, gehorcht dem Gebot Gottes und wird von der Verheißung des Evangeliums gesegnet. Der ideologische Pazifismus aber, welcher schon in der Theorie von der Gewaltlosigkeit und in der Ablehnung jeder Verteidigung mit der Waffe das Heil erblickt, kann sich mit Schuld und Sühne beladen, wenn er die Wehrlosen ohne Schutz dem Überfall durch die nackte Gewalt preisgibt.

Friede ist mehr und sogar noch etwas ganz anderes als Ende des Krieges, Zeit zwischen den Kriegen oder Kriegslosigkeit. Die Herrschaft des Terrors über versklavte Menschen, die in Furcht und Schrecken ohne Willensäußerung und Möglichkeit der Entscheidung dahingevegetieren müssen, braucht keinen Krieg zu kennen und ist doch nicht nur friedlos, sondern eine geradezu teuflische Umkehrung des Friedens...

Der bloße Stillstand im Spannungsverhältnis zwischen Machtblöcken, Staaten, Völkern und einzelnen ist noch kein Friede. Es muß jedem das Seine zukommen können. Das geltende Recht muß überzeugend angewandt werden und die Existenz der Gemeinschaften und der Individuen aufeinander abstimmen...

Obrigkeit und Schwert sind unverzichtbare Bestandteile des Friedens. Sie verleihen dem Recht die Macht, den aufbegehrenden Unfrieden zu bändigen und den verletzten Frieden

in der Gemeinschaft sowie für den einzelnen wiederherzustellen...

Es gibt zwar überhaupt keine irdisch geschichtlichen Mächte und Gestalten ohne Schuld und ohne Hang zum Verderben; aber die auf dem Felde der Geschichte antretenden politischen Energien lassen sich doch voneinander unterscheiden durch die Frage, ob sie sich verantwortlich wissen und wem sie Rechenschaft ablegen. Dem Frieden kann nur dienen, wer sich durch sein staatliches und politisches Verhalten zur Begrenzung, Kontrolle und Teilung der Gewalt durch das Recht bekennt. Der unbegrenzte Anspruch, den Erdball mit seinen Bewohnern dem eigenen System einzugliedern und den Menschen nach dem Schema der Gleichheit durch eine Totalplanung seiner Lebensverhältnisse zu verwandeln, kann keinen Bereich des Friedens dulden und führt zwangsläufig in den Abgrund des Unmenschlichen.

Aber demgegenüber gibt es in der Tat immer Orte, Räume und Gemeinschaften im Frieden, wo im kleinen und großen redlich daran gearbeitet und darum gekämpft wird, solchen vorhandenen Frieden zu sichern, zurückzugewinnen, zu vertiefen und menschenwürdig mit Leben zu erfüllen. Da kann es nicht nur gerechtfertigt, sondern in äußerster Not sogar geboten sein, den Friedensbrecher auch mit der Waffe in seine Schranken zu verweisen. Die Verachtung oder gar Vernichtung der Waffe kann Verrat am Frieden sein...

Mit Vollmacht kann nur für den Frieden wirken, wer unaufhörlich auf allen Lebensgebieten an seinem Aufbau und an seiner inneren Erfüllung mitarbeitet. In der modernen Welt hängen der völkerrechtliche Friede, der Arbeitsfriede, der Friede im Wirtschaftsleben, der Friede in Haus und Familie unlösbar aneinander. Wir wollen hier auch nicht verschweigen, daß wir es

nicht für ein Ausweichen oder gar für eine Flucht halten, wenn wir den seelischen Frieden, den Frieden in der eigenen Brust, den Frieden mit Gott und mit sich selbst nicht nur sehr ernst nehmen, sondern ihn sogar für die Voraussetzung dafür halten, daß Reden und Tun für den Frieden Autorität gewinnen.

Es ist uns bewußt, daß wir nicht von der Atomwaffe gesprochen haben; wir halten sie für ein fürchterliches Instrument, glauben aber, daß der Auftrag des Menschen, alles Geschaffene verantwortlich zu beherrschen, auch nicht haltmacht vor diesem jüngsten Produkt der Menschenhände. Die Verantwortung für den Frieden tragen wir ohne Rücksicht darauf, ob uns Atomwaffen zur Verfügung stehen oder nicht."

Die eigentliche Gefahr

Die Schweizer Zeitschrift „EVANGELISCHE WOCHE“ erklärt, es sei ein Ausweichen vor der Verantwortung, wenn man für einen begrenzten geographischen Abschnitt die „Atomfreiheit“ aus moralischen Gründen proklamiere, den Schutz der amerikanischen Nuklearrüstung aber nicht ungerne genieße. In dem Blatt heißt es weiter:

„Es ist sinnwidrig, die Bedrohung der Menschheit nur in der Atombombe sehen zu wollen, nicht aber in der Versklavung ganzer Völker, in der Knechtung der Gewissen und in der Ausbeutung jeder geistigen Arbeit ausschließlich zum Nutzen des Staates und der ihn beherrschenden Partei.

Die Gefahr der Atomwaffe liegt ja nicht so sehr in ihrem Vorhandensein als in der Existenz eines Nihilismus, der nicht zögern würde, sie anzuwenden, wenn anders der Fortbestand eines Parteiapparates nicht gesichert werden könnte. Daß dieser Nihilismus besteht, darüber aber hat der 4. November 1956 in Budapest endgültige Klarheit geschaffen..."